

Gemischte Gefühle



Von Silva Semadeni*

Die erste Sessionswoche ist vorbei. Haupttraktandum: Die Gripen-Beschaffung für die Luftwaffe. Hauptgesprächsstoff in meinem Umfeld: Die Energiestrategie 2050.

Bundesrat Ueli Maurer weiss nun auch die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats hinter seinen Bomber-

Plänen. Über drei Milliarden Franken soll uns dieser Wunsch der besten Armee der Welt kosten. Dabei verfügt die Schweiz auch ohne neue Kampfjets über einen wirksamen Luftschirm. Die 33 F/A-18 wurden 2008 für über 400 Millionen Franken im Kampfwert gesteigert und sind top-modern. Und wir sind von Freunden umzingelt, es gibt weit und breit keine Bodenziele zu bombardieren. Zum Glück hat – voraussichtlich im Mai 2014 – das Schweizer Volk das letzte Wort, denn das Referendum ist gewiss. Die Milliarden sind in der Bildung, in der Altersvorsorge oder in der Entwicklungszusammenarbeit besser investiert.

Viel diskutierte Energiestrategie

Seit der Atomkatastrophe von Fukushima steht die Energiewende zuoberst auf der politischen Traktandenliste, auch in dieser Session. Die neuerlichen Schreckensmeldungen

aus Japan und die Hilflosigkeit der dortigen Behörden im Umgang mit der strahlenden Atomleiche stärken die Parlamentsmehrheit in ihrer Überzeugung, dass der Atomausstieg der richtige Weg in eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiezukunft darstellt. So findet die bundesrätliche Botschaft zur Energiestrategie 2050 eine grundsätzliche Zustimmung. Der Atomausstieg soll im Kernenergiegesetz verankert werden. Leider zeigt der Bundesrat aber keinen Weg auf, um die bestehenden fünf AKWs geordnet abzuschalten. Dabei müssten selbst die AKW-Betreiber an Planbarkeit und Investitionssicherheit interessiert sein. Die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Entsorgung des Atommülls sind kostspielig und werden noch unsere Enkel und Urenkel belasten. So sucht man in Bern eifrig nach mehrheitsfähigen Lösungen. Viel zu reden geben auch die wider-

sprüchlichen Signale des Bundesrates zur Förderung der Fotovoltaik. Eine Kürzung der kostendeckenden Vergütung für Solarprojekte ist vertretbar, wenn sie sich auf die Preisentwicklung für Solarmodule stützt. Nicht vertretbar ist aber die in der Revision der Energieverordnung vorgesehene Vergütungskürzung kombiniert mit einer massiven Reduktion der Vergütungsdauer von 25 auf 15 Jahren. Damit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst, wenn nicht wirtschaftlich gänzlich unattraktiv gemacht. Die Energiewende hat erst begonnen. Es ist wichtig, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

*SP-Politikerin Silva Semadeni ist Bündner Nationalrätin. Sie lebt in Chur-Araschgen.

In der Rubrik «Direkt aus Bern» kommen während der Session des Bundesparlaments abwechselnd alle Bündner National- und Ständeräte zu Wort.